

Das Muwaji-Gesetz

Das Muwaji-Gesetz erfordert von jedem Mitglied einer indigenen Gruppe, dass es die Behörden benachrichtigt, wenn es „vermutet“, dass eine Frau in einer „Gefahrensituation“ schwanger sein könnte. Dieses Gesetz betrifft alle, einschließlich werdende Väter und andere Familienmitglieder. All jene, die solch eine Schwangerschaft nicht melden sollten, sei sie bestätigt oder nur vermutet, würden ein Verbrechen begehen, das mit bis zu sechs Monaten Gefängnis bestraft werden könnte.

Die „Gefahrensituation“, die eine Benachrichtigung der Behörden erfordern soll, wird nicht definiert. Man könnte sagen, dass sie in jeder Gemeinschaft existiert, in der Kindsmord einst praktiziert wurde, selbst wenn der letzte Fall schon lange her ist und nie bewiesen wurde. Das sicherste Mittel um eine Gefängnisstrafe zu vermeiden besteht demnach darin, jede Schwangerschaft anzuzeigen. Wenn das passieren sollte, würde das Gesetz bald unausführbar sein.

Die Schwangerschaft soll bei einer staatlichen oder Bundesbehörde gemeldet werden. Die Behörde selbst begeht dann einen Verstoß, wenn sie anschließend keine „angemessenen Maßnahmen“ ergreift. Das Gesetz erläutert nicht, was diese Maßnahmen sein könnten. Vermutlich würden die Frauen aber zumindest verhört werden – vielleicht während der letzten Phase ihrer Schwangerschaft – um zu ermitteln, ob sie vorhaben ihr Kind nach der Geburt zu töten oder nicht.

Das Gesetz sieht vor, dass die Behörde das Kind entfernt, wenn sie davon ausgeht, dass Kindstötung in der Gemeinschaft der Mutter „weiterhin praktiziert“ wird. Dass die Mutter oder ihr Partner Kindstötung selber nie praktiziert haben oder dafür nie eine Neigung gezeigt haben, spielt keine Rolle. Es würde genügen, wenn andere Mitglieder der Gemeinschaft es getan haben, oder vermutlich getan haben. Das Kind kann anscheinend unmittelbar nach der Geburt, und ohne weitere Diskussion, weggenommen werden.

Bis alle Versuche, das Problem durch „Dialog“ zu lösen ausgeschöpft sind, soll die Trennung des Kindes von seiner Familie „vorläufig“ sein. Die Behörden entscheiden allein, wann dieser Moment erreicht ist und ob und zu welchem Zeitpunkt das Kind zur Adoption freigegeben werden soll.

Die Mutter und der Vater haben in diesem Vorgang dem Gesetzentwurf zufolge scheinbar keine Rechte. Das Gesetz erlaubt ihnen nicht, die vorläufige Trennung von ihrem Kind oder die Entscheidung es zur Adoption freizugeben vor Gericht anzufechten. Das Gesetz gibt ihnen keine Recht zu erfahren, wo ihr Kind hingebracht wurde, irgendwelche weiteren Informationen zu bekommen, oder auch nur irgendeine Art der Beziehung zu dem Kind aufrechtzuerhalten.

Diese Rechte sollten den Eltern eigentlich durch Artikel 9 der UN-Kinderrechtskonvention gewährleistet werden, die Brasilien vor mehr als zwanzig Jahren ratifiziert hat. Ihre auffällige Abwesenheit vom neuen Gesetz scheint nicht nur die Konvention, sondern auch Brasiliens eigene Verfassung zu verletzen, in der steht, dass die Familie die „Grundlage der Gesellschaft“ ist und besonderen „Schutz des Staates“ genießen sollte.

Ein weiterer Entwurf des Muwaji-Gesetzes, der im Juni 2011 durch eine Regierungskommission anerkannt wurde, erwähnt die Trennung von Eltern und Kindern nicht mehr. Jedoch möchten evangelikale Interessensvertreter in Brasilien die erzwungene Trennung wieder in den Entwurf aufnehmen. Noch ist unklar, welche Version des Dokuments als Gesetz eingeführt wird. Es könnte die Trennungs-Bestimmung beinhalten, worauf das Gesetz ursprünglich beruhte und sich die obige Analyse bezieht.